

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 132 bis 133 einfügen:

individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Die Grünen wollen das Konzept eines Grundeinkommens, das den vier Kriterien

- es steht allen Bürger*innen auf Basis eines individuellen Rechtsanspruchs zu
- es ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe,
- es wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt und
- es ermöglicht, selbstbestimmt über Art und Umfang der Erwerbsarbeit zu entscheiden

entspricht, intensiv diskutieren und prüfen, auch in Form von Modellvorhaben. Wir halten ein solches

Grundeinkommen für einen möglichen sinnvollen Ansatz, eine Vielzahl der klassischen Grundsicherungssysteme – nicht aber alle – abzulösen.

Begründung

Seit 2007 hat die Partei programmatisch beschlossen, die Diskussion über ein Grundeinkommen weiterzuführen.

Wir wollen sie in der kommenden Legislaturperiode intensivieren und zu einem Abschluss führen.

Wir wollen ein Grundeinkommen, das in ein sozialpolitisches Gesamtkonzept eingebettet ist.

Hierzu gehören ein existenzsichernder Mindestlohn, der Ausbau der sozialen Infrastruktur, ein gerechtes

Bildungssystem mit gleichen und gerechten Zugängen für alle und die Einführung einer Bürgerversicherung für

Gesundheit, Pflege und Rente.

Verdeckte Armut, bürokratische Gängelung und ein Einkommen unter dem Existenzminimum gehören mit einem

Grundeinkommen der Vergangenheit an. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit und sinnvoller Tätigkeit in den

verschiedensten Gesellschaftsbereichen wird mit einem Grundeinkommen gerade für untere Einkommensgruppen erheblich besser ermöglicht.

Die in unserer Parteiprogrammatik verankerten Konzepte für eine Grüne Kindergrundsicherung und die Grüne

Garantierrente gehen in die Richtung eines Grundeinkommenskonzeptes.

Unterstützer*innen

Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Daniel Weiss (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Natalie Pavlovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Martin Drees (Plön KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Ruth Kastner (Stormarn KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Reinhard Schmitt (Frankfurt KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Dirk Jahreis (Göttingen KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Christian Bock (Tübingen KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); René Basse (Wolfenbüttel KV)